

Breslauer Zeitung.

Stetigjähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inseratensätze für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beischrift 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 2. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 115. Morgen-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Sonntag, den 9. März 1862.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 8. März. In Folge der Annahme des Hagen-Antrages im Abgeordnetenhaus hat das Staatsministerium heute seine Entlassung eingereicht.

Frankfurt a. M., 8. März. Die heutige „Oberamt-Zeitung“ erklärt, ausdrücklich dazu ermächtigt, die Nachricht, daß Godeffroy mit Bildung eines neuen Cabinets beauftragt sei, als ganz unbegründet.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 8. März, Nachm. 2 Uhr. (Angekommen 3 Uhr 35 Min.) Staats-Schuldenscheine 90%. Preuss.-Anleihe 121. Neueste Anleihe 108. Schlesischer Bank-Verein 95 1/2. Ober-Schles. Litt. A. 137 1/2. Ober-Schles. Litt. B. 122. Freiburger 119. Wilhelmsbahn 47. Meißner 67. Karnowitzer 39 1/2. Wien 2 Monate 72 1/2. Oester. Credit-Aktien 72 1/2. Oest. National-Anleihe 61. Oester. Lotterien-Anleihe 67 1/2. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien 133. Oester. Banknoten 73. Darmstädter 81 1/2. Commandit-Antheile 90%. Köln-Minden 166. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 58. Börsener Provinzial-Bank 94 1/2. Mainz-Ludwigshafen 116 1/2. Hamburg 2 Monat 150%. London 3 Monat 6, 21 1/2. Paris 2 Monat 79%. — Eisenbahnen flau.

Wien, 8. März, Mittags 12 Uhr 30 Min. Credit-Aktien 199, 90. National-Anleihe 84, 20. London 137, 70.

Berlin, 8. März. Roggen: besser. März 51%, Früh 50%, Mai-Juni 50%, Juni-Juli 50%. — Spiritus: fester. März-April 17 1/2, April-Mai 17 1/2, Mai-Juni 17 1/2, Juni-Juli 18%. — Rüböl: behauptet. April-Mai 13 1/2, Sept.-Okt. 12 1/2.

Die Krisis.

Trotz des allgemeinen Wahlrechts und trotz der demokratischen Institutionen, mit denen Napoleon III. seinen Thron umgeben hat, herrscht er doch am unumschränktesten unter den Monarchen Europas. Ohne alle Frage würde er Mittel gefunden haben, seinen Willen in Bezug auf die Dotation des General von Montauban durchzusetzen und die Opposition des an und für sich kraftlosen gesetzgebenden Körpers zu brechen, wenn er in der That ernstlich gewollt hätte. Er hat es vorgezogen, gerade den entgegengesetzten Weg einzuschlagen und das volle Einverständnis zwischen der kaiserlichen Gewalt und den Vertretern der Nation wieder herzustellen. Durch diese bedeutungsvolle That hat Napoleon von Neuem constatirt, daß er die französische Nation und seine Zeit versteht. Mit fast absoluter Gewalt bekleidet, im sichern Vertrauen einer der größten und kriegsgeübtesten Armeen Europas, hat er nicht einen Augenblick Bedenken getragen, sich dem kaum ausgesprochenen Votum einer Körperschaft, die noch nie bis zur leisesten Opposition sich zu versteigen wagte, ohne Weiteres unterzuordnen. Es giebt wohl Niemanden, welcher glaubt, daß die kaiserliche Gewalt durch diesen Schritt auch nur das Mindeste an ihrer Autorität in Frankreich eingebüßt hat; im Gegentheil, wir meinen, daß nach diesem Zeugnis kaiserlichen Vertrauens die Legislative sich beeilen wird, allen kaiserlichen Wünschen zuvorzukommen.

Der Kriegsminister v. Ron hat in der Militärcommission erklärt, daß die Regierung entschlossen sei, die dreijährigen Dienstzeit festhalten werde; Commission und Kammer möchten sich jede Debatte ersparen. Der Kriegsminister ist vollkommen in seinem Rechte, denn die dreijährige Dienstzeit ist Gesetz in Preußen, und wenn die Regierung auf eine Aenderung dieses Gesetzes durchaus nicht eingehen will, so ist allerdings jede Discussion unnütz. Aber das Recht des Abgeordneten-Hauses und zugleich seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem Volke ist die sorgfältige Controle der Finanzen und die Bewilligung oder Verweigerung jeder Mehrausgabe. Wenn das Abgeordnete-Haus auch nur ein Titelchen dieses Rechtes opfert, so giebt es die ganze Grundlage seiner Bedeutung auf; an die Finanzcontrole hat sich in der Geschichte aller constitutionellen Staaten immerdar der Kampf für die politischen Rechte angeknüpft. Das Abgeordnete-Haus hat es nicht zu verantworten, wenn sein Verlangen, die Verwendung der Gelder der Nation auf das Genaueste und Sorgfältigste zu prüfen, die Ursache zu einem Bruche wird. Wenn die Ar-

und Weise dieser Prüfung schon ein Eingriff in die Executive genannt wird, dann sehen wir allerdings nicht ein, was das Abgeordnete-Haus überhaupt noch soll. Nur der Prüfende ist doch allein im Stande zu beurtheilen, ob der Etat so eingerichtet ist, daß die Prüfung nicht zu einer leeren Formalität herabsinkt. Warum die Majorität so ernstlich schon für dieses Jahr die Special Etats verlangt, vermögen wir aus der Debatte selbst noch nicht zu beurtheilen; wahrscheinlich wog die Befürchtung einer möglichen Auflösung vor.

Denn so weit scheinen wir ja nun vorgeschritten zu sein. In der That, es wäre doch eine der bittersten Ironien des Schicksals, wenn in dem Augenblick, da mit Ausnahme der feudalen Partei die gesamte preussische Nation eine Umformung des Herrenhauses erwartet, umgekehrt das Abgeordnete-Haus nach Hause geschickt wird. Seit dem Jahre 1858 hat das Herrenhaus in der schroffsten Opposition zum Ministerium gestanden; alle Gesetzentwürfe, über welche Ministerium und Abgeordnete-Haus sich vollständig geeinigt hatten, wurden vom Herrenhause eben so vollständig verworfen; selbst persönlichen Angriffen waren einzelne Minister ausgesetzt — trotz alledem ließ sich mit dem Herrenhause regieren. Anders aber steht es mit dem Abgeordneten-Hause. Kaum seit dieses einen Antrag durch, zwar auch gegen den Willen des Ministeriums, aber doch nicht in prinzipieller Opposition, denn der betreffende Fachminister Hr. v. Patow erklärte sich ausdrücklich im Prinzip mit dem Antrage einverstanden — was geschieht! — wir hören wieder die Manteuffel'sche Redensart: mit der Kammer läßt sich nicht regieren.

Kabinettskrisis und Auflösung des Landtags — das sind die Fragen, die sofort aufgeworfen werden, weil das Abgeordnete-Haus zum erstenmal einen leisen Versuch zu einer nicht einmal prinzipiellen Opposition nimmt. Dort vier Jahre hindurch Opposition und hier das erste Beginnen; dort „angenehme Temperatur“ und hier sofort Vertagung, Krisis und Bruch — wenn irgend Etwas, so bezeichnet dieser Gegensatz unsere Situation. Wahrhaftig die Lage Europas ist nicht so rosenfarben, daß Preußen alle Errungenschaften, welche es dem bisherigen herrlichen Einverständnis zwischen König und Volk verdankt, mit einemmale auf das Spiel setzen könnte. Trotz der Nachgiebigkeit Napoleons gährt und wogt es im Innern Frankreichs gewaltig, und es könnte dem Kaiser über auch Paris über Nacht einfallen, wieder einmal die Initiative für die europäischen Geschäfte zu ergreifen. Klarheit der Lage und Einigkeit des Ministeriums mit dem Abgeordneten-Hause — das sind die nothwendigsten Erfordernisse für Preußen in der Gegenwart. Niemand würde mit größerer Freude die Nachricht von der Bildung eines reactionären Ministeriums in Preußen empfangen, als der Kaiser der Franzosen.

Und eine Auflösung des Landtages! — Wir denken, das Ministerium wird sich auch die Folgen dieser Maßregel klar dargelegt haben. Die diesmaligen Wahlen waren frei von jeder Beeinflussung; das jetzige Abgeordnete-Haus ist der unverfälschte Ausdruck der politischen Gesinnung des Volkes. Die Neuwahlen würden, darüber ist wohl nicht der geringste Zweifel, noch eine weitere Richtung nach links nehmen. Das Ministerium müßte, wenn es nun einmal entschlossen ist, den Forderungen des Volkes nicht Rechnung zu tragen, zu den alten verbrauchten Mitteln der Manteuffel-Westphalen'schen Periode seine Zuflucht nehmen; Drohungen und Einschüchterungen aller Art würden aus dem Arsenal der Louis Philipp'schen Corruption wieder hervorgeholt, um hier oder da einen Abgeordneten der liberalen Partei zu verdrängen. Aber man gebe sich auch in dieser Beziehung keinen Illusionen hin; der bürgerliche Muth des preussischen Volkes hat seine Lehrzeit bestanden, und insbesondere in den größeren Städten, die doch mehr oder minder immer den Ton angeben, werden jene kleinlichen Mittel eines verfälschten Constitutionalismus nicht mehr verfangen.

Und was ist erreicht, wenn man nun wirklich unter vieler Arbeit und Mühe eine künstliche Majorität zusammengebracht hat? Wird dadurch auch die politische Gesinnung des preussischen Volkes eine andere? Wird nicht vielmehr der wirklich vorhandene Zwiespalt nur auf-

eine kurze Zeit durch einen falschen Schein verdeckt? Und noch mehr: glaubt irgend Jemand, daß Preußen die Stellung in Deutschland behaupten kann, welche es in diesem Augenblicke einnimmt? Man spötte immerhin über das „Bündniß Preußens mit dem deutschen Volke“ — diplomatisch ist dieses Bündniß freilich nicht, aber es könnte eine Zeit kommen, wo man für dieses Bündniß die ganze Diplomatie mit Vergnügen dahin gäbe.

Wir sind weit entfernt, an dem Verufe Preußens zu verzweifeln; wenn auch noch einmal eine unglückliche, von der Geschichte verurtheilte Richtung eingeschlagen werden sollte — aber auf Jahre hinaus würden wir wieder zurückgeworfen, und was heute, Gott weiß aus welchen Gründen? leicht hin geopfert wird, es ist nur unter schweren Kämpfen wieder zu erreichen.

N. S. Der Artikel war bereits geschrieben, als wir obige Depesche aus Berlin erhielten. Die Krisis ist also entschieden; die Würfel sind gefallen; ein reactionäres Ministerium — und ein anderes ist nach der Lage der Dinge nicht zu erwarten — kann mit diesem Abgeordneten-Hause nicht regieren; die Auflösung muß erfolgen. Das preussische Volk steht mit seinen Vertretern auf dem Boden des Gesetzes; es kann ruhig der Dinge warten, die da kommen werden; mit der Verfassung und dem Gesetz in der Hand mag es in dem nun offen dargelegten Gegensatz seine Stimme abgeben!

Die heute Abend angekommenen berliner Zeitungen enthalten noch nichts Näheres.

Preußen.

Berlin, 7. März. [Die großdeutschen Projecte. — Flottenconvention mit Bremen. — Das Einverständnis mit Oesterreich.] Das von der großdeutschen Coalition in Scene gesetzte Spektakelstück der identischen Noten hat bekanntlich noch ein Nachspiel gehabt, doch ist dasselbe in so bescheidener Haltung aufgetreten, daß die öffentliche Meinung keine Noth davon genommen hat. Jede der dem Banner Reichberg-Beust folgenden Regierungen hat dem berliner Cabinet eine Duplik in Sachen der Bundesreform mittheilen lassen, aber in verschiedener Fassung und nur in der Form einer zur Vorlesung bestimmten Depesche. Der Inhalt dieser Rundgebungen bringt wie mir von zuverlässiger Seite bestätigt wird, nichts Neues, sondern nur eine zweite Auflage des Einspruchs gegen die Anwendung des Art. 11 der Bundes-Acte auf das Project eines engeren Bundesstaates und eine Wiederholung des Wunsches, daß Preußen an gemeinsamen Beratungen über eine Reorganisation des Bundes theilnehmen möge. Eine nähere Ausführung der früher angedeuteten Reformpläne ist auf die Zukunft verwiesen. Ueber die eigentliche Absicht des neuen Mandats kann man im Zweifel sein, da die Verwahrung gegen den engeren Bundesstaat durch die Wiederholung doch an thatsächlicher Kraft keinen Zuwachs erhält. Man kann daher nur annehmen, daß die großdeutsche Diplomatie sich die Genugthuung verschaffen will, das letzte Wort zu behalten, während sie doch durch ihr so leise gewordenes Auftreten ziemlich deutlich zu verstehen gibt, daß sie die diplomatische Controverse und die darauf bezüglichen Reform-Projecte gern zu den Akten legen will. Uebrigens hat unsere Regierung durch Circularschreiben an ihre bei den deutschen Höfen beglaubigten Agenten wiederholt die Erklärung abgegeben, daß sie auf die großdeutschen Projecte in keiner Weise eingehen könne. — Die Verhandlungen mit Bremen über die Flotten-Convention ziehen sich in die Länge, aber man hat keinen Grund, von einer Stockung zu sprechen. Ein längerer Zeitaufwand ist schon dadurch natürlich erklärt, daß die Verhandlungen eine erweiterte Grundlage erhalten haben. Es handelt sich nämlich darum, daß die preussische Marine nicht nur den Küstenschutz für Bremen, sondern auch den Schutz der bremischen Flagge in umfassendster Weise übernehme. Die betreffenden Negotiationen werden jetzt hier in der Handels-Abtheilung des auswärtigen Ministeriums geführt und man

Theater.

(Freitag, 7. März.)

Frau Sicora Pelli setzte ihr Gastspiel mit der „Agathe“ im „Freischütz“ fort, einer Rolle, die bekanntlich nicht dem heroischen, sondern dem lyrischen Fach angehört. Unser Urtheil über die Befähigung des Gastes für das erstere Fach konnte also durch ihre Leistung nicht erweitert werden, die übrigen wieder mit allgemeinem Beifall von dem Publikum aufgenommen wurde. Die Sängerin trug namentlich die erste Arie mit sehr schönem Ausdruck vor. Das Gebet stieg in reinen innigen Tönen auf, und auch die schwere Aufgabe des Allegro gelang der Sängerin in solchem Maße, daß ihr hier ein Hervorruf bei offener Scene zu Theil ward. Die Cavatine im 3. Acte dagegen kam in keiner Beziehung zu ihrem Rechte, und würden wir Frau Pelli vor allen Dingen anrathen, mehr Sorgfalt auf eine deutliche und correcte Textausprache zu verwenden. Die Mangelhaftigkeit derselben scheint uns die Wirkung ihres Gesanges nicht unerheblich zu beeinträchtigen. M. R.

Parlamentarische Bilder.

IX.

Ein öfterer Besuch im Herrenhause verfehlt doch nicht seine wohlthätigen Rückwirkungen auf schlichte Menschennaturen. „Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich will Dir sagen, wer Du bist.“ — Man treibe die Selbstverleugnung soweit, zwei, drei Sitzungen des Herrenhauses hintereinander auszuhalten und man wird sich wundern, wie dieser Umgang die Gedanken verwässert, den gefunden Menschenverstand trübt und alle Gesinnung milbert. Eine Versammlung, in welcher nicht allein die Blüthe des Kreuzritterthums sich befindet, sondern auch der allerhöchste Beamtenstand, sollte eigentlich herausfordernde Wirkung erzielen können; aber leider war der selige Stahl nicht nur ein Haupt dieser Männer, sondern auch ihr belebender Geist. Insofern der seine Last der einzelnen Hauptträger, die Routine, die schnelle Erledigung der Geschäfte von Seiten eines Präsidenten, der nicht allein Prinz, sondern auch General ist: wahrlich, dies Alles macht anfangs den Aufenthalt in diesem Hause sehr angenehm, bis nach Kenntniß dieser Verantwortlichkeiten die Enttäuschungen um so greller und schneller erfolgen. Aristoteles sagte einmal: nullum magnum ingenium sine mixtura dementiae fuit — kein großes Genie war ohne eine Beimischung von Wahnsinn: danach zu schließen,

muß das preussische Herrenhaus entweder ein sehr großes oder gar kein Genie haben.

Die dreitägige Debatte über das Minister-Verantwortlichkeitsgesetz bot eine erste und günstige Gelegenheit dar, von diesem großen oder fehlenden Genie einige Eindrücke zu erhalten, die größten Herren von diesen „kleinen“ in den Kreis unserer parlamentarischen Bekanntschaften zu ziehen. Zwar lag vor Allem die Versuchung nahe, den Scheinkampf dieser Senatoren des Reichs mit einem Ministerium zu schildern, welches seinen Liberalismus soweit treibt, daß es mit römischer Tugend gegen sein eigen Fleisch wüthet und doch die Mittel besitzt, sich dabei nicht zu verwunden; aber beschäftigen wir uns diesmal aus Gründen lieber mit einzelnen aufgetretenen Persönlichkeiten, welche zu den ersten Mitgliedern dieser Bühne gehören.

Nicht mehr wie billig, daß Graf Arnim-Boitzenburg den Vortritt erhält. Es ist ja der Vater unserer Constitution, für deren spätere Verkrüppelung er gar nicht verantwortlich zu machen ist. Man lache nicht; man glaube gar nicht, daß hier ein schlechter Witz gemacht werden soll. In allem Ernst: dieser lange, magere Graf Arnim, dieser Hochstolz von Preußen und erste, echte Grand der Uckermark, hat das constitutionelle Preußen ins Leben gerufen. Er hatte die Ehre, Präsident des 1848er Märzministeriums zu sein, welches der breslauer Deputation die Kabinettsordres vom 22. März erwirkte, in der, wie schon bei früherer Gelegenheit erwähnt, eine „constitutionelle Verfassung“ auf den breitesten Grundlagen verfaßt wurde, und die auch unter Punkt 4 ganz ausdrücklich „Verantwortlichkeit der Minister“ dekretirte. Der edle Mann, einst Kollege des Grafen Schwerin und des Herrn Rüchke, hat den Undank der Welt nur zu sehr erfahren. Das constitutionelle preussische Volk, welches er in die ersten Windeln der Berathungen gewickelt, betrachtet ihn als seinen Feind und glaubt, der Vater gehe mit dem Gedanken um, seinem eigenen Kinde bei Gelegenheit feudale Daumschrauben anzulegen. Erst neuerdings verbreitete Schrecken die große Zeitungsente, der aristokratische Herr von reinem Wasser habe den König besuchen dürfen, und was dies bedeuten sollte, wußte alle Welt. Aber Graf Arnim, persona ingrata nach unten, ist auch keinesweges persona grata nach oben. Er und seine schöne Gemahlin, welche ihn gewöhnlich in der Equipage nach dem Herrenhause geleitet, haben sich die Mühe nicht verdrießen lassen, die Majestät um die Ehre eines Besuchs ihrer Solireen anzugehen; die Majestät hat aber immer sehr kühl gedankt.

Herr von Kleiſt-Regow ist momentan der Hauptheld im Herren-

hause. Als Chef der Ultrafeudalen setzte ihn die Reaction im Anfang der 1850er Jahre als Oberpräsident über die Rheinprovinz, und wird er als solcher im Gedächtniß der Rheinländer noch lange weiterleben. Durch Präsentation der Familie kam er 1858 unter die gesinnungsähnlicheren Pairs, während er sonst stets im Abgeordnetenhause gesessen hatte. Herr von Kleiſt-Regow ist der ideale Held des Kreuzritterthums und unstreitig einer der geschicktesten Köpfe desselben, jezt wohl auch der beste Redner des Herrenhauses. Er hat eine natürliche Beredsamkeit, und was er spricht, ist weniger geistvoll, als klar, bestimmt, von dialectischem Geschick und polemischer Natur. Dazu hat er eines der angenehmsten, klangvollsten und kräftigsten Organe; die Lebhaftigkeit seines Naturells, die sich selbst auf der Straße offenbart, wo man ihn oft mit der Mappe unter dem Arme traben sieht, schwillt leicht zu höchst giftigem Zorne an.

Das enfant terrible der Feudalen im Herrenhause ist Herr von Waldow, ein Gutsbesitzer der Mark und wegen seiner echten Natur, als „kleiner Herr“ von der Partei hoch gehalten. Der tapfere Reder hat einen trockenen, bitterboshaften Humor, mit dem er den Ministern die unerhörtesten Grobheiten zu sagen weiß. Um ihn zu charakterisiren, muß man daran denken, daß er einmal ganz unumwunden erklärte, der Adel des Herrenhauses habe eher in Preußen regiert, als der Burggraf von Nürnberg.

Dr. Brüggemann ist unter den Pairs, was Reichensperger unter den Abgeordneten ist — ein Katholik, der das Centrum einnimmt, um abzulaunern, ob er nach rechts oder links satteln soll. Dem Aeußeren nach könnte man ihn für einen feinen Prior halten, der die Kutte abgelegt; nach dem sonderbaren Schluß der Augen zu schließen, scheint sein Geschlecht sich chinesisches Abkammung zu erfreuen. Der Herr führt eine Faktion, aber die lange parlamentarische Thätigkeit ist im Grunde ohne Spuren an ihm vorübergegangen. Er spricht noch immer mit dem pfäffischen Pathos, und strengt er sich an, bringt er es sogar zu einer recht unnatürlichen Begeisterung über die kleinsten Gegenstände.

Eine der originellsten Figuren ist Graf Hoyerden, ein Mann, welcher sich ganz isolirt hält und seit den zwölz Jahren seines parlamentarischen Lebens mit den Reactionairen sowohl wie auch mit den Liberalen gestimmt hat. Er ist schleisscher Majoratsherr und namentlich die Landwirthschaft gehört zu seinen Passionen. Als Redner mahnt er durch die Launigkeit, den könnigen Humor und die berbe Ungeniertheit an Abraham a Santa Clara und die gurgelnde, mit dem Abstim-

rechnet zuverlässig auf einen befriedigenden Erfolg. — Selbst aus den Mittheilungen österreichischer Blätter über die Verständigung in Sachen Kurhessens erhellt, daß Graf Rechberg einfach dem preussischen Programm beigetreten ist. Man kann doch unmöglich behaupten, daß Preußen die Wahlordnung von 1849 geopfert hat, wenn es jede darauf gerichtete Negation fern hält, obwohl es ihm nicht gelingt, für diesen Punkt die positive Zustimmung Österreichs und der Bundesmehrheit zu gewinnen. Der Schwerpunkt des preussischen Programmes liegt in der Forderung, daß die Verständigung der preussischen Regierung mit der Volksvertretung auf verfassungsmäßigem Wege erfolge, und wenn die Regierung endlich zum Frieden mit dem Lande kommen will, wird sie das richtige Mittel wählen müssen.

**** Berlin, 7. März.** [Der Fürst Hohenzollern. — Zum Nationalverein. — Protest gegen ein Herrenhaus-Mitglied.] Die feudale „Kammer-Corr.“ schreibt: Wie man in unterrichteten Kreisen versichert, hat der Fürst Hohenzollern jetzt seinen Rücktritt vom Vorsitz des Staatsministeriums bestimmt und definitiv erklärt. In Folge dessen ist zuerst mit dem Präsidenten des Herrenhauses Prinzen Hohenlohe wegen Uebernahme dieses Vorposten verhandelt worden, und nachdem dieser definitiv abgelehnt, sollen jetzt Unterhandlungen mit dem Herzog von Vloth schweben. — Derselben Correspondenz zufolge ist auf die Anerkennung Italiens hier einstweilen noch nicht zu rechnen. — Der Abgeordnete, Appellationsgerichtsrath Leue aus Köln, ist dem Ausschuss des deutschen Nationalvereins als Mitglied beigetreten. — Wie man den „Hamb. Nachr.“ schreibt, ist aus Pommern bei dem Präsidium des Herrenhauses ein Protest gegen die Mitgliedschaft des Herrn v. Ploß (eines der Führer der feudalen Partei) eingegangen. Herr von Ploß ist Vertreter des alten und besitzenden Grundbesitzes für einige pommersche Kreise; es wird nun behauptet, daß derselbe nicht die Bedingungen erfüllt, welche das Gesetz, resp. das Reglement von 1854 für die Vertreter der gedachten Kategorie verlangt. Das Gut, welches Herr von Ploß besitzt, soll erst vor kaum 30 Jahren von ihm angekauft worden sein. Es ist anzunehmen, daß das Präsidium den eingegangenen Protest der Matrikel-Commission zur Prüfung übergeben hat, und daß diese demnächst darüber Bericht erstatten wird.

K. C. Berlin, 7. März. [Der Bericht über die deutsche und die italienische Frage.] (Schluß.) „Von diesen Ueberzeugungen ausgehend“ beantragt die Commission, unter Ablehnung mehrerer Amendements, „fast einstimmig“ folgende Resolution:

- „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: In Erwägung:
- 1) daß das Recht des deutschen Volkes auf staatliche Einigung als gebietende Forderung seiner nationalen Existenz und als Ergebnis seiner Geschichte unbestreitbar feststeht, wie dasselbe einst in der Verfassung des deutschen Reiches und neuerdings in der Verfassung der deutschen Nationalversammlung, in der von ihr eingesetzten und von allen deutschen Regierungen anerkannten Centralgewalt und in der Reichsverfassung von 1849 einen staatsrechtlichen Ausdruck fand, daß dieses Recht auch in allen bewegten Epochen der vaterländischen Geschichte von den Regierungen wie von dem Volke anerkannt und im Art. 118 der preussischen Verfassung sogar ausdrücklich vorbehalten worden ist;
 - 2) daß nur eine festere Verbindung der deutschen Staaten, als sie das völkerrechtliche Band des deutschen Bundes gewährt, den geistigen, politischen und ökonomischen Interessen des deutschen Volkes entsprechen, und bei der schwankenden politischen Lage Europas nicht länger hinausgeschoben werden kann, ohne selbst bei einer ungewöhnlichen Anspannung der Volksträfte die Macht, die Unabhängigkeit und die Existenz des engeren preussischen, wie des weiteren deutschen Vaterlandes zu gefährden, zumal es dem jetzigen Bunde bei der Dmähmung des nicht mehr zu Recht bestehenden Bundesstaates an jedem wirklichen Organe fehlt;
 - 3) daß die Majestät der Könige in der Thronrede und neuerlich mehrere der einflussreichsten deutschen Regierungen in ihren Staatschriften die völlige Umgestaltung der deutschen Bundesverfassung, wenn auch in sehr verschiedenem Sinne, als eine unumgängliche Nothwendigkeit ausgesprochen haben, und daß sowohl der Minister der auswärtigen Angelegenheiten unter entschiedener Zurückweisung unbedingter Einsprüche, wie die großherzogl. badische Regierung in ausführlicher Motivierung auf eine bundesstaatliche Organisation innerhalb des weiteren Bundes als die einzig mögliche und genügende Reform hingewiesen haben;
 - 4) daß in der That nur die Herstellung einer einheitlichen Centralgewalt zur Leitung der militärischen, diplomatischen und handelspolitischen Angelegenheiten in fest begrenzter Kompetenz unter Mitwirkung einer deutschen Volksvertretung die Wahrnehmung der gemeinschaftlichen Interessen der Nation bei voller Aufrechterhaltung der inneren Selbstständigkeit der Einzelstaaten sichern kann;
 - 5) daß aber eine solche Central-Regierung unter Theilnahme der beiden deutschen Großmächte, und ein Eingehen Österreichs auf eine bundesstaatliche Verfassung bei der unlöslichen Verbindung seiner deutschen Provinzen mit außerdeutschen Ländern und bei seiner durch außerdeutsche Interessen bestimmten europäischen Stellung völlig unmöglich ist, während die politischen Interessen Preußens und der übrigen deutschen Län-

der durchaus zusammenfallen, und daß sogar die eigenen Interessen Österreichs die schnelle Constatirung eines mächtigen deutschen Bundesstaates zur Stärkung seiner deutschen Elemente fordern, daß daher bei aller Sympathie für die deutsch-österreichische Bevölkerung mit Österreich nur das völkerrechtliche Bundesverhältnis gewahrt werden kann, und daß in dem die übrigen Staaten Deutschlands umfassenden Bundesstaate den realen Machtverhältnissen entsprechend, nur die Krone Preußens in der Lage ist, die Centralgewalt zu üben;

6) daß bei dem untrennbaren Zusammenhange einer nationalen und liberalen Politik die königliche Staatsregierung nur durch ein rüchhaltiges Eingehen auf das berechtigte Verlangen des deutschen Volkes und durch den gleichzeitigen freisinnigen Ausbau der preussischen Verfassung die zur Erreichung dieses großen Zieles nothwendigen Sympathien Deutschlands erwerben kann, daß gegenseitigen Bestrebungen gegenüber ein entschlossenes Handeln unabwendlich ist, und daß die deutschen Landesvertretungen so berufen wie verpflichtet sind, für die nationale Einigung Deutschlands ihr politisches und moralisches Gewicht in die Waagschale zu werfen;

„erklärt es das Haus der Abgeordneten für nothwendig:

- 1) daß bei der dringenden Reform der deutschen Bundesverfassung zwischen dem österreichischen Bundesgebiete und dem übrigen Deutschland ein unlösliches Bundesverhältnis erhalten wird;
- 2) daß innerhalb dieses weiteren Bundes Preußen und die übrigen deutschen Staaten, unbeschadet ihrer inneren Selbstständigkeit, sich bezüglich der militärischen, diplomatischen und handelspolitischen Angelegenheiten zu einem engeren Bunde vereinigen, in welchem die Krone Preußens die einheitliche Bundesregierung führt, und durch eine gemeinsame parlamentarische Vertretung für Freiheit und Recht des deutschen Volkes die unerlässlichen Garantien geboten werden;
- 3) daß die königliche Staatsregierung im Vollbewußtsein ihres deutschen Berufs diese bundesstaatliche Organisation offen als das Ziel ihrer Politik hinstellt, und zunächst durch Vereinbarungen mit den deutschen Staaten ihrer Verwirklichung entgegenzuführen strebt.

Die vom Minister des Auswärtigen über die drei ursprünglichen Anträge verlesene Erklärung ist bereits bekannt; nach Vorlegung der vorstehenden (von der Subcommission vereinbarten) Resolution hat der Regierungskommissar erklärt: „diese Fassung könne die Regierung nicht als eine solche anerkennen, welche jenem Standpunkte und der Absicht der Erklärung entspricht“, und hat zur Erläuterung hinzugefügt:

„Die königliche Regierung betrachte das Bundesrecht als Ausgangspunkt, die Vereinbarung als Mittel, den Bundesstaat als Ziel; letzterer sei aber aus praktischen Rücksichten nach seiner Ausdehnung und nach seiner Kompetenz unbestimmt zu lassen. Es handle sich gegenwärtig nicht, wie 1849, darum, an Stelle der aufgehobenen Bundes-Verfassung eine neue Construction zu setzen; vielmehr bestehe jetzt eine Bundes-Verfassung, und andere Regierungen seien bestrebt, eben dieser Bundes-Verfassung, nach der Seite des inneren Staatsrechts, die möglichste Ausdehnung zu geben. Preußen trete einerseits diesem Bestreben verneinend entgegen, indem es den Bundesvertrag auf das genaueste Maß seiner Kompetenz beschränkt wissen wolle; andererseits gebe es auf dem Wege freier Vereinbarung und einzelner Verträge positiv in der Richtung einer bundesstaatlichen Einigung vor. Eine zu scharfe Bestimmung dieses engeren bundesstaatlichen Verbandes nach seinen äußerlichen Grenzen, wie nach seiner Kompetenz, entspreche der Sachlage nicht, und könne auf die befreundeten Regierungen ungünstig wirken. Deshalb erhebe die Fassung des Resolutions-Antrages — Alinea 1 u. 2 — nicht zweckmäßig, weil die Präzisierung des territorialen Umfangs des künftigen Bundesstaates, durch welche Österreich neben denselben gestellt werde, und der Ausdruck „Bundesregierung“ die gegenseitige Politik stärken, weil Regierungen und Völker den Schein eines Hinausdrängens Österreichs zum Hebel gegen Preußen benutzen und ein Hineinzingen aller übrigen Staaten bestreben würden. Die Forderung des Alinea 3 endlich, daß die bundesstaatliche Organisation offen als Ziel hingestellt, und zunächst durch Vereinbarungen ihrer Verwirklichung entgegengeführt werde, sei ein Hinderniß auf einem Weg, der eine Drohung einschließe und zu bedeutenden Auslegungen Anlaß geben könne.“ In Betreff der Motive ist eine Discussion des Einzelnen seitens des Regierungskommissars abgelehnt und nur erklärt, daß der Befall derselben nur das Wunschwerthe sei, und daß sich die Regierung in der vorliegenden Fassung mit denselben nach Form und Inhalt nicht einverstanden erklären könne.“

Die Commission hält indes die Erwägungsgründe zur Erläuterung und Würdigung der Schlussanträge erforderlich und will auch die Resolution nicht modificiren, weil die Volksvertretung sich nicht auf den bloß diplomatischen Standpunkt stellen darf; die Gegner würden auch ohne dies Gründe zu finden wissen; die Freunde Preußens in Deutschland erwarten und verlangen die offene Forderung, das unumwundene Aussprechen Preußens gegenüber dem früheren Ablehnen und Zögern.“ In Bezug auf den Bundesvertrag und seine Nicht-Bestandsfähigkeit hat der Minister des Auswärtigen bemerkt, die letztere könne nach elfjährigem faktischen Wiederbestehen unmöglich von Preußen bestritten werden; die Commission nimmt dagegen wohl den Fortbestand des Bundes an, erachtet aber den Bundesvertrag durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 für endgiltig aufgehoben. Gegenüber einer weiter gehenden Ansicht, Preußen müsse vom Bundesstaate zurücktreten, stimmt die Commission dem „negativen Verfahren“ der Regierung zu, „welches den Bund auf seine völkerrechtliche Grundlage einschränkt“ und jede Ueberschreitung seiner Kompetenz abschneidet, während die mittelstaatlichen Regierungen allerlei Gesetze und Einrichtungen an den Bund ziehen wollen, um dessen Recht und Macht zu erweitern, oder die Bestrebungen Preußens zu durchkreuzen, z. B. in der Flotten- und Küstenverteidigungsfrage, wo von vorn herein „wegen der bei Einführung neuer Lasten nothwendigen Stimmeneinheit schon von der hollsteinischen Stimme Danemarks willen jedes Resultat unmöglich ist.“

Was die positiven Schritte in bundesstaatlicher Richtung angeht, so wer-

den, nach Ansicht der Commission, solche Vereinbarungen, wie die über das Heimathswesen, die Militärconventionen und die Zollvereinsverträge zu einer wirklichen bundesstaatlichen Organisation niemals führen; dieselben müssen vielmehr direct auf Herstellung eines Bundesstaates gerichtet sein. „Auch für diese mag man sich gegen unbefugte Einsprüche auf Art. 11 der Bundesakte oder Art. 6 der Wiener Schlussakte berufen.“ Aber „zur Erreichung des vollen Zieles genügen sie doch nicht. Die Reorganisation Deutschlands muß auf einen Artikel der Bundesverträge, sondern auf das nationale Bedürfnis und die nationale Berechtigung gestützt werden. Die Nothwendigkeit rechtfertigt auch die Abweisung von der Bundesakte.“

Schließlich erinnert die Commission in Bezug auf die — wie sie sich be-
müht ist — von ihr befürwortete Wiederaufnahme der Unionspolitik von 1849 daran, daß die Unionspolitik im Jahre 1850 nicht an der „unabänderlichen Natur der Dinge, sondern an der Schwäche und den falschen Mitteln der damaligen Regierung gescheitert sei; seitdem aber ist die Erkenntnis der wahren staatlichen Bedürfnisse und Interessen überall gewachsen, und Preußen wird nicht abermals zur Umkehr genöthigt werden können, wenn es seine Politik mit rüchhaltiger Energie verfolgt. Nicht in der nächsten Zukunft noch auf einmal wird das Ziel sich erreichen lassen; außerordentliche Umstände müssen hinzutreten; „nur in der äußersten Noth Preußens und Deutschlands wird es zur Einigung kommen, aber wir müssen mit Entschiedenheit sagen, was wir wollen, wenn dieser Fall eintritt. Dem Andrängen der gegnerischen Regierungen gegenüber erscheint es mehr als je geboten, offen und klar das Ziel auszusprechen, welchem die Entwicklung der Geschichte und die Nothwendigkeit der Dinge entgegenstrebt. Deutschland muß wissen, daß Preußen bereit ist, seinen Beruf zu erfüllen.“

Deutschland.

Frankfurt a. M., 6. März. [Vom Bundestage.] Die Bundes-tagssitzung, welche heute stattfinden sollte, ist auf übermorgen (Sonntag) verschoben, weil mehrere für dieselbe vorbereitete Vorlagen noch nicht reif sind. Die allgemeine Annahme, daß in derselben dann ein gemeinsamer Antrag Österreichs und Preußens in der kurbessischen Angelegenheit eingebracht werde, findet in den hiesigen Kreisen wenigstens keinen Widerspruch. Dem Beschluß vom 13. Februar gemäß würden auch die Anträge des Militärausschusses in der Küstenverteidigungs-Angelegenheit (Ernennung einer Specialcommission) zur Abstimmung zu kommen haben.

Darmstadt, 3. März. [Antrag auf Aufhebung der Spielbanken.] Die „Fr. Pr.“ schreibt: „Mit Genugthuung hat man vernommen, daß der Graf v. Böttich als Mitglied der ersten Kammer der Stände einen eben als Beilage zu den Verhandlungen derselben im Druck erschienene Antrag, die Aufhebung der Spielbanken in den deutschen Bundesstaaten betreffend“, eingebracht hat. Die Motive lauten im Eingang: „Das Großherzogthum Hessen hat sich seit der Zeit der öffentlichen Spiele freigehalten, die auch in Preußen, nachdem in Aachen die letzte Spielbank, die in diesem Königreich bestand, aufgehoben worden ist, nirgends mehr gebildet werden. Die großherzogliche Regierung scheint deshalb besonders berufen zu sein, auf Aufhebung dieses Deutschland zur Unehre gereichenden Unwesens hinzuwirken, da die in den benachbarten Ländern vorhandenen Spielbanken (sogar im Herzogthum Nassau) sich befinden, die in der Provinz Hessen (sogar in einer zum Kurfürstenthum Hessen gehörigen Enclave) zum Ruin mander, zur Demoralisation vieler hiesigen Staatsangehörigen gereichen.“ Die Motive betonen hierauf die dringende Pflicht der Staatsregierung, solche Anstalten, die systematisch die Moral, diesen Grundpfeiler der bürgerlichen Ordnung, unterhöhlen, nicht zu dulden, heben hervor, es scheine, „daß die Ueberzeugung von der Verderblichkeit der öffentlichen Spielbanken und einer Finanzpolitik, welche die üblen Neigungen der Menschen zu einer Quelle des Einkommens benützt, sich jetzt immer mehr verbreitet“ und spreche die Erwartung aus, daß das beantragte Ersuchen bei der Staatsregierung Anhang finde. Dies ist auch wohl nach früheren Aeußerungen nicht zu bezweifeln. Dem Antrag ist die weitere Motion beigefügt, die Staatsregierung zu ersuchen, auf so lange, als die Spielbanken noch bestehen, das Spielen an denselben zu untersagen.

Gießen, 3. März. [Deutsche Flotte.] Im Anschluß an die allgemeine Flottenjammung der deutschen Hochschulen hat, nach dem „Fr. Z.“, hier am 26. Februar ein Banket zum Zweck einer Sammlung von Flottengeldern stattgefunden. Die Professoren und Dozenten der Universität leisteten den Einladungen in ziemlicher Anzahl Folge. Der Ertrag sowohl der monatlichen Beiträge wie der Bankettsammlung wird dem berliner Centralcomité übermacht; von da sollen die Gelder laut Beschluß durch Vermittelung des Nationalvereins an ihr Ziel gelangen, mit Ausnahme der Beiträge der Verbindung „Wingolf“, die dem preussischen Ministerium direct eingesandt werden sollen.

Kassel, 6. März. [Das Wahlgesetz von 1849] ist in Aller Munde, da es einen Hauptgegenstand der gegenwärtigen Verhandlungen Preußens mit Österreich zu bilden scheint. Von allen Seiten begegnet man der entschiedenen Meinung, daß dieses Wahlgesetz als der bedeutungsvollste Punkt, auf dem wir bestehen müssen, unter keinen Umständen, selbst dann nicht, wenn etwa Preußen es zu opfern bereit wäre, aufgegeben werden dürfe, wenn gleich man gegen eine Aenderung oder Abschaffung desselben durch die 49er Stände am Ende nichts zu erinnern hat; übrigens will trotz aller Zusicherungen, die man an Preußen erlebt zu haben glaubt, der Glaube, daß dieses in der That jenen verfassungsmäßigen Weg opfern werde, nicht Wurzel fassen. Der einzige Punkt jenes Gesetzes, welcher allenfalls als bundeswidrig bezeichnet werden könnte, ist, wie schon öfter erwähnt, die nicht hinreichende Berücksichtigung der landesherrlichen Rechte, und vielleicht kann man sich in Berlin, bei allem Streben nach Einhaltung des verfassungsmäßigen Weges, nicht zu einer, wenn auch nur einseitigen Herstellung jener Bundeswidrigkeit verstehen. Allein in der Ueberlassung einer Verfassungs-Revi-

ringende Sprache erhöht seine Originellität. Schönheit gehört nicht zu des Grafen Eigenschaften, aber desto mehr Keuschheit, Borurtheilslosigkeit des Standes und gesellige Liebenswürdigkeit. Die Männerwelt namentlich entzückt sein Talent als Erzähler von Anekdoten und Scherzen, über welche die Salons in Aufruhr gerathen würden. Der alte, prächtige Herr pflegt Nachmittags in der Konditorei von d'Heureuse seinen Kaffee zu trinken, wo seiner stets die Verehrer schon warten, um ein paar der amüsantesten Abendstunden mit ihm zu verleben.

Von Dr. Grimm ist weiter nichts zu sagen, als daß er Generalstaatsanwalt ist, dem Pairsschub sein Dasein im Herrenhause verdankte und seine erste Rede über das Ehegesetz ablas.

Eine höhere Stufe nimmt Graf Rittberg ein, Appellationsgerichtspräsident in Glogau und einst Präsident dieses Hauses, als es noch nicht den höheren politischen Charakter eingeblüht hatte. Im Vergleich zu der vielfach kleinlichen und namentlich geistlosen Präsidialführung einer früheren Periode wird das Präsidium Rittbergs stets in dankbarer Erinnerung bleiben. Es war ein geistiges Testimonium paupertatis für das Herrenhaus, daß dieser Mann nicht einmal mehr der Ehre eines Vicepräsidenten für würdig gehalten wurde, weil er als zu liberal galt. Nichtsdestoweniger ist Graf Rittberg gar nicht liberal; er ist sogar ein höchst gelungener Aristokrat, als solcher aber zugleich ein Typus des aufgeklärten Beamtenhumors. Seine gründlichen juristischen und Verwaltungskenntnisse offenbaren sich seit Jahren in den Debatten; doch zu den großen Rednern kann man ihn nicht rechnen, nicht einmal zu den, die im Herrenhause doch so spärlich vertreten sind.

Dr. v. Daniels ist ein parlamentarischer Philosoph langweiliger Art; er spricht, als hätte er Bonbons im Munde und scheint jedes der hervorgehobenen Worte in Selbstverliebtheit bedächtig nochmals zu genießen, ehe er es fallen läßt. Würde man verurtheilt, dem Herrn lange anzuhören, kann es leicht sein, daß Einem übel und schlimm vor lauter genossenen Süßigkeiten wird. Schmidt-Weissenfels.

Aus den Tagebüchern Barnhagen's von Ense.

(Fortsetzung.)

Berlin, den 25. Oktbr. 1845. Der junge Graf v. Reichenbach in Schlesien gilt als großer Demagoge, der einen Anhang von vielen Tausenden hat; er ist ein Freund Jänsen's, Ronge's; mehr als genug, um der Regierung verhasst zu sein. Der Regierungspräsident Graf v. Büdler besah aus dem hiesigen Ministerium den Befehl, über Reichenbach einen umständlichen Bericht zu erstatten; wider alles Verhoffen fiel der Bericht sehr

günstig aus; dafür ist Büdler nicht Oberpräsident geworden. So gehen diese Sachen!

Den 16. Novbr. In der gestrigen „Spen. Zeitung“ steht ein Artikel vom Stadtgerichtsrath Simon in Breslau zur Erwiderung gegen den Minister v. Kamptz, der in Staub jermalm wird; ihm wird Veräufschung und Verdröberung der Buchstaben, Anführung erdichteter, verleumderischer Anklagen, unwürdiger Schimpfen, falsche Schlussfolgerung u. s. w. vorgeworfen, sein langwieriger unheilvoller Einfluß als Staatsbeamter beklagt u. s. w. Die Censur hatte den Druck untersagt, das Ober-Censurgericht aber gestattet ihm mit Gründen, die gleichfalls abgedruckt sind. Das ist ein großer Sieg, ein schöner Sieg, und lange hat mich nichts so getreut. Freilich weiß ich, daß Kamptz ein abgelebter Minister, daß er dem König und den Brüdern zuwider, daß er besonders Savigny'n verhasst ist, — das alles gab dem Ober-Censurgericht Muth!

Den 27. Novbr. Hübscher Zug vom Könige! Er sprach vor Kurzem mit Humboldt darüber, daß die Frauen von Geist jetzt so selten wären, und Humboldt erwähnte der Hofrathin Herz; da erinnerte sich der König, daß er als Kind in die Lehrvorträge von Marcus Herz über Physik mitgenommen worden, und daß die schöne Frau bisweilen zu den Versuchen hilfreiche Hand geboten, was ihm eins der angenehmsten Jugendbilder geblieben, und da er hörte, daß sie bloß von ihrer Pension aus der Wittwenliste lebe, so beschloß er, ihr seinerseits eine Pension zu geben; er sah nach und fand, daß nur dreihundert Thaler jetzt in seiner Pensionskassa verfügbar, sagte aber, er wolle zweihundert zulegen, die Frau sei ja ohnehin so hochbetagt und würde das Geld nicht lange beziehen. Das Beste aber ist, daß er sie durch ein eigenhändiges Schreiben und durch die angenehmsten Wendungen davon benachrichtigte, auch fünfzig Friedrichsd'or gleich beifügte.

Den 20. Decbr. Der Gedanke, daß es bei uns zur Revolution kommen müsse, ist so verbreitet und eingewurzelt in den Gemüthern, daß es fast schon eine Revolution, so zu denken. Aber die Thaten und Ereignisse die werden noch anders sein, als die Gedanken.

Den 15. Febr. 1846. Herr v. Bülow-Cammerow sagte gestern unter anderm: „Preußen steht in Europa ganz isolirt, eben so unsere Regierung isolirt in Preußen, und der König in der Regierung.“

Den 11. März. In den Maßregeln wegen Polen herrscht Unsicherheit, Widerspruch, Zaudern. Man freut sich, daß der preussische Adler in Krakau nicht verschlungen worden, man lacht heimlich über die Unfälle der Oesterreicher, man ärgert sich über das dreiste Vorgehen der Russen, man schämt sich, daß die Preußen so spät in Krakau eingedrungen. Der Gedanke der Möglichkeit eines Königreichs Preußen und Polen greift sehr um sich; das erste Wort dieser Art sprach 1831 der General v. Willisen; der Minister v. Canitz ist auch einigermaßen dahingeneigt; die Polen hegen den Gedanken eifrig, die Russen sind ergrimmt darüber. Eiserjudt der Kabinete u. s. w.

Den 14. März. Bestunden sind für die vornehme Welt jetzt, was ehemals die parties fines waren; Heirathen werden dort gestiftet, Beförderungen gemacht, Geschäfte eingeleitet, sogar Verabredungen zu Schauspielen und Concerten getroffen! Man erzählt Beispiele. Werther sagt von Lottens: „Tausen muß man sie sehen!“ Ein junger Herr, der in der Vetsunde eine Braut gefunden, rief entzückt aus: „Veten muß man sie sehen!“

Den 13. April. Bettina v. Arnim kommt und theilt mir einen Brief aus Paris von Madame C. mit, der sie beschränkt, alle Gunst, die sie beim Könige haben mag, für den Polen Mikroskopi anzuwenden, um wenigstens zu erwirken, daß er nicht an die Russen ausgeliefert wird, denn das wäre sein unfehlbarer, schmackvoller Tod! Der Brief ist sehr edel und herzerwogend. Bettina fragt mich um Rath, sie will an den König schreiben und ihm den Brief senden.

Den 8. August. Der König hat an die Magistrate und Stadtverordneten von Magdeburg, Breslau, Königsberg u. s. w. einen scharfen Verweis ergehen lassen, daß sie sich anmaßten, an die Synode zu schreiben und dieser gleichsam anzudeuten, was sie zu thun habe. Die Schärfe ist im väterlichen Tone gehalten und will vor allem belehren.

Den 28. August. Wenn ich zurückblicke, so sehe ich deutlich, daß wir seit dreißig Jahren — seit dem zweiten pariser Frieden, seit der nun gesicherten Macht der Fürsten — immer auf ein und demselben Wege sind, auf dem der Verfall, des Vergehens, der Faulheit, des Uebermuths, der Verwahrlosung, daher seit jener Zeit unaufhörlich dieselben Anklagen sich wiederholen, dieselben Verurtheile zu widerstreben, dieselben Unglücksanzeichen. Zwei große Rude gab es in dieser Zeit, von denen wir auf einen andern Weg gehoben werden konnten, die Zuli-revolution und die Thronbesteigung unseres jetzigen Königs, aber nach kurzem Anhalten, nach kurzem Zweifel fiel alles wieder in den alten Gang, und 1846 gehen wir auf dasselbe Ziel hin, auf das wir 1816 gerichtet waren. Die kleinen Verbesserungen, die hin und wieder stattgefunden haben und noch stattfinden, ändern nichts, sie sind nur Reize, die uns vor Augen halten, daß Verbesserungen nöthig und ausführbar sind, also auch die großen und wichtigen, die noch verlagert bleiben. So ist es denn natürlich, daß heute oft ganz dasselbe geäußert worden, denn die Gebrechen von damals dauern noch heute fort, — es ist als ob der Staat seiner besten Kraft beraubt wäre, Einsicht, Geist und Wille sind erst in der Beschränktheit, Schlafheit und Phantasterei.

Den 22. Septbr. Professor Trendelenburg als Rector der Universität klagte dem Minister v. Savigny, die Zahl der hier studirenden Theologen habe sich um die Hälfte vermindert, gegen die früherer Zeit. Savigny hörte das mit Mißfallen, hatte jedoch die Stirn, mit freundlicher Unschuld zu fragen, was wohl die Ursache dieser Abnahme sei? worauf Trendelenburg trocken erwiderte, die einseitige und geistlose Befolgung der theol. Fakultät.

Den 23. Septbr. Der König von Württemberg hat sich für die Bundesinspection seiner Truppen, sowohl österreichischer als preussischer Generale, verbeten, und diese willkürliche Feindseligkeit ist ihm ungerügt hingegangen. Ach der deutsche Bund, ach der deutsche Bundestag!

Den 27. Septbr. Der Bundestag hat endlich einen Beschluß in der schleswig-holsteinischen Sache gefaßt, der deutschen Meinung wesentlich gemäß, aber doch mit Vorbehalten und Wendungen, die ihm das Verdienst einer reinen und offenen Vertretung wieder nehmen. Er empfiehlt, jetzt sollen die Regierungen auch die öffentlichen Stimmen zum Schweigen nöthigen! Also wieder Preßzwang und Polizei! Natürlich, der Bundestag ist diesmal von der Öffentlichkeit gezwungen worden, das verdrückt ihn, er folgt und gehorcht; will aber das nicht gut heißen, was ihn gemeinert hat. — „Hallunke, wehre dich!“ Alte Kriegsvorurtheile, auch der Bundestag wehrt sich.

tion an andere Stände als an die nach dem Wahlgesetz von 1849 zu wählenden, würde doch eben falls ein Verstoß gegen das Bundesrecht, nämlich gegen den Artikel 56 d. B. Schl.-Alte liegen, und von diesen beiden Verstoßen gegen das Bundesrecht dürfte ohne Zweifel der erstere von verschwindend geringer Bedeutung gegen den letzteren sein, zumal einer der 4 Stände besserer für sich und seine Genossen seiner Zeit das Wahlgesetz von 1849 vollständig begibt hat. Keinesfalls braucht die Bundesversammlung eines Punktes, namentlich jenes, zur Folge haben, daß das Wahlgesetz in seiner Totalität für unangenehm bezeichnet werde. Das Wahlgesetz als totales Gesetz wird hier selbst dann nicht fassen gelassen werden, wenn in Aussicht stünde, daß der 4er Ständen ein inhaltlich unliebsames Wahlgesetz (z. B. mit zwei Kammern) vorgelegt und im Falle deren Weigerung mit Hilfe des Bundes eingeführt werden würde. — Die von mehreren Blättern gebrachte Nachricht, daß die fasseler Bürger zwar zur Steuerzahlung bereit seien, aber einen günstigeren Moment noch abwarten wollen, ist richtig, gewiß ist aber auch, daß bloß die Ungewissheit, wann und in welchem Falle Preußen uns beistehen werde, die alleinige Ursache jenes Entschlusses ist. Aus einem großen Theile des Landes ist durch Briefe und Abgesandte bereits die Nachricht eingetroffen, daß man dort die Steuern verweigern werde, sobald nur Kaiser vorangehe.

Mudolstadt, 28. Febr. [Die deutsche Frage] scheint bei uns eine Ministerkrise herbeiführen zu wollen. Unser Kabinet hat sich zwar an dem identischen Notenwechsel der württembergischen Verbündeten nicht betheiligt, dennoch aber ist im Schoße desselben die Frage, ob preussisch, ob österreichisch, lebhaft angeregt worden. Nun ist die Stimmung im Volke sowohl als im Kabinet allgemein für einen engeren Anschluß an Preußen, nur der Ministerpräsident von Verbruggen, ein Anhänger des Systems Manteuffel, als dessen Schützling er galt, stemmt sich mit aller Macht dagegen. Er will das Land großdeutsch werden sehen oder es in seiner jetzigen Souveränität erhalten wissen. Mit dieser Absicht stimmt selbst der Kaiser nicht überein, und da der Ernst der Frage und eine ungewisse Lösung derselben immer näher an uns herantritt, so ist ein Ministerwechsel fast unausbleiblich. In denselben widerstrebenden Einflüssen ist auch das Hinderniß zu suchen, weshalb nicht früher schon eine Militär-Convention mit Preußen, nach dem Vorbild des Herzogs von Gotha, an die man eine Zeit lang ernstlich dachte, zu Stande gekommen.

Leipzig, 5. März. [Der hiesige Turnverein] hat bereits Schritte bei der Behörde gethan, um die Feier des nächsten Jahres zu verhoffenden allgemeinen deutschen Turnfestes hier selbst vorzubereiten.

Hannover, 3. März. [Sammlungen für hannoversche Kanonenboote und ihr Ertrag.] — [Elbschiffe.] Die „N. Hann. Ztg.“ zeigt heute an, daß beim Kriegsministerium an freiwilligen Beiträgen zur Anschaffung von hannoverschen Kanonenbooten 215 Thlr. 5 Sgr. 5 Pf. und 6 Korb-Bett-Matrasen und Kopfkissen für Marine-Offiziere eingegangen sind. — Ober-Zollrath Erleben ist von seiner Mission nach Wien zurückgekehrt. Die Nachrichten, die er mitgebracht hat, sollen nach der „H. B.-H.“, bei der Regierung den Glauben, daß es gelingen werde, in der Frage wegen Ermäßigung der Elbschiffe das Zusammengehen Oesterreichs mit Preußen zu verhindern, sehr erschüttert haben.

Aus Holstein, 3. März. [Die politischen Prozesse] nehmen jetzt bei uns zu Lande in einem Grade überhand, daß man nicht umhin kann, auch den Einzelheiten derselben, namentlich den Entscheidungsgründen der urtheilenden Gerichte eine spezielle Aufmerksamkeit zu schenken. Vor längerer Zeit war der rensburger Advokat Dittmann auf Veranlassung des Ministeriums für Holstein und Lauenburg von dem Magistrat genannter Stadt wegen eines (übrigens durch gegenseitige Äußerungen im eiderdänischen Sinne provocierten) Hochs auf Schleswig-Holstein in Untersuchung gezogen und zu einer Geldstrafe von 8 Thlrn. Reichsmünze (6 Thlr. preuß. Cour.) verurtheilt worden. Das niedrige Strafmaß mußte auf den Gedanken bringen, daß schon die verurtheilende Behörde keine recht gründliche Ueberlegung von der Strafbarkeit des beurtheilten angeblichen Vergehens habe erlangen können, und auch der Verurtheilte beruhigte sich nicht bei dem gefällten Urtheil, sondern appellirte an das holsteinische Obergericht in Glückstadt. Wie man nicht anders erwartet hatte, lautete das Urtheil dieses Gerichtshofes freisprechend. (M. 3.)

Oesterreich.

Wien, 7. März. [Vom Hofe.] Die Abreise Sr. Majestät des Kaisers nach Benedig erfolgt morgen früh 8 Uhr. Heute Mittag 12 Uhr geruhte Allerhöchstderselbe den schwer kranken FML. Fürsten zu Windischgrätz mit einem längeren Besuche zu beehren. Hierauf begaben sich Sr. Majestät zu dem in Folge eines erlittenen Beinbruchs aus Krankenbett gefesselten Grafen Gen. der Cavallerie Ludw. Grafen von Wallmoden und beglückten denselben durch Bezeugung allerhöchsten Bedauerns über den ihn getroffenen Unglücksfall.

Italien.

Turin, 1. März. [Die Armee.] Heute hat der Kriegsminister das Budget seines Ministeriums veröffentlicht, aus dem wir folgende Angaben entnehmen: Der gewöhnliche Bedarf des laufenden Jahres beträgt 172,555,635 Lire, der außerordentliche Bedarf 54,959,614 Lire, zusammen 227,515,249 Lire. Hiervon kostet der

Generalstab 5 Millionen, das Heer 104 Millionen und die öffentliche Sicherheit 18½ Millionen, die italienischen Freiwilligen 3 Millionen, die Festungen 14 Millionen und die Bewaffnung der Nationalgarde 20 Millionen. Nach den ministeriellen Listen haben die verschiedenen Waffengattungen folgende numerische Stärke: Infanterie 111,267 Mann, Bersaglieri 17,508 M., Kavallerie 16,536 M., Artillerie 17,362 M., Genie 4397 M., Fuhrwesen 2485 M., Administration 2755 M., Carabinieri (Gendarmen) 18,516 M., Veteranen 4879 M., Sanitätscorps 395 M.; zusammen 196,100 Mann. Also noch lange nicht die so viel gerühmten und besprochenen 300,000 Mann der stehenden italienischen Armee.

Turin, 4. März. [Garibaldi] ist gestern Abend, wie der „Movimento“ von Genua schreibt, in Begleitung seiner Söhne Menotti und Ricciotti, des Majors Basso, der Herren Aug. Vecchi, Giacinto Baggio und anderer Personen, die ihn auf der Insel Caprera besucht hatten, in Genua angekommen, und in der Villa Spinola an der denkmalartigen Küste von Quarto abgestiegen. Eine große Anzahl seiner Freunde fand sich daselbst ein, um ihn zu begrüßen. Garibaldi sieht um fünfzehn Jahre jünger, sehr frisch und kräftig aus. Gegen Mittag besuchte er den bescheidenen Gedenkstein, der an der Stelle, wo er am 5. Mai 1860 die Einschiffung der Tausend leitete, errichtet worden ist. Viele Landleute sind aus der Umgegend herbeigeströmt, die sich auf diesem kurzen Wege zu ihm heandringten, um ein freundliches Wort oder einen Händedruck von ihm zu bekommen. Der General beabsichtigt, heute nach den nördlichen Provinzen sich zu begeben; seine Reise wird nur von kurzer Dauer sein.

Unmittelbar nach seiner Ankunft in Turin hatte Garibaldi eine Zusammenkunft mit Rattazzi. Die „Nationalität“ glauben zu wissen, daß der General, seinen Gesinnungen getreu, erklärt habe, in Nichts dem Willen der Regierung entgegenzuhandeln.

Gleichzeitig mit der etwas überraschenden Nachricht seiner Ankunft in Turin, veröffentlichten die hiesigen Blätter einen ahermaligen Brief von Garibaldi. Anlaß dazu bot die durch Dekret vom 30. Januar für ihn, als Inhaber des sardynischen Militärordens, ausgesetzte Jahrespension von 1500 Franken, die der General in folgendem latonischen Schreiben an Belazzi ausschlägt:

Caprera, den 26. Febr. Mein lieber Belazzi. Ich ersuche Sie, Nachstehendes zu veröffentlichen zu lassen. Ich nehme die Pension, welche mir die Regierung bewilligt hat, nicht an. Ihr ergebener

Joseph Garibaldi.

[Reise der Bischöfe zur Märzfeier nach Rom.] Die „Donau-Ztg.“ meldet in ihrer turiner Correspondenz vom 2. März einen angeblichen Beschluß der Regierung Victor Emanuels in Betreff der bevorstehenden Canonisationsfeier in Rom, der wohl noch sehr der Bestätigung bedarf. „Wie man vernimmt“, schreibt der Correspondent des österreichischen Blattes, „hat die Regierung beschlossen, nicht nur italienischen Bischöfen die Reise nach Rom zur Canonisation der japanischen Märtyrer zu verbieten, sondern auch den fremden Prälaten, welche sich nach Rom begeben, das Betreten des italienischen Gebietes nicht zu gestatten.“ (?)

Frankreich.

Paris, 6. März. [Gesetzentwurf über außerordentliche militärische Belohnungen.] Der „Moniteur“ veröffentlicht hinter dem Bericht über die außerordentliche Kammer Sitzung vom 5. folgende Note, die den Brief des Kaisers an den Präsidenten des gesetzgebenden Körpers vervollständigt: „Dem Staatsrath ist so eben auf Befehl des Kaisers die Prüfung des Gesetzentwurfes vorgelegt, von welchem in dem kaiserlichen Schreiben an den Grafen Morny die Rede war. Nach dem Inhalt dieses Gesetzentwurfes soll eine jährliche Rente, deren Höhe durchaus nicht festgesetzt ist, in das Hauptbuch der öffentlichen Schuld eingetragen und dazu bestimmt werden, durch Pensionen und Dotationen glanzvolle Thaten von Generalen, Offizieren und Soldaten der Land- und Seetruppen und außerordentliche Dienstleistungen in Kriegeszeiten zu belohnen. Kaiserliche Decrete würden diese Pensionen oder Dotationen einsetzen, die Bedingungen ihres Genusses und eventuell ihre Rückfälligkeit an den Staat bestimmen. Diese Decrete würden individuell sein, in den „Moniteur“ und das „Gesetzbüchlein“ eingetragen werden.“

Großbritannien.

London, 5. März. Im Unterhause zeigte Mr. Griffith auf Freitag die Interpellation an, ob Ihrer Majestät Regierung von der neuen (Rattazzi'schen) italienischen Regierung eine Versicherung erhalten habe, daß die Insel Sardinien nicht an Frankreich abgetreten werden wird. — Auf eine Anfrage Mr. Ventnand wegen der Ermordung des Dr. McCarthy in Pisa erwiderte Mr. Layard, daß der Mörder und dessen Helfershelfer gleich nach der That verhaftet und nach Lucca gefandt worden seien, um vor Gericht ge-

stellt zu werden. Baron Ricasoli habe sich in einer Weise ausgesprochen, wie sie von ihm zu erwarten war. (Hört, hört!) Die in Pisa und Florenz anässigen Engländer hätten ein sehr ausgelegtes Meeting gehalten, indem sich die italienischen Behörden bereit gezeigt, so kräftig als möglich zu handeln, und somit fand Ihrer Majestät Regierung es nicht nöthig, irgend welche Vorstellungen an die Regierung Italiens zu richten. (Hört, hört!) Mr. McCoy fragte, ob es nicht zur Kenntniß der Regierung gekommen sei, daß, ehe die Angriffe auf den italienischen Consul und auf Signor Fabrizzi in Malta stattfanden, eine andere Gewaltthat vorgefallen war, daß nämlich der Herausgeber des „Portafoglio Maltese“, Mr. Debono, in seiner Wohnung von dem sardinischen Flottencommandant Dini, dessen Lieutenant und mehreren Matrosen überfallen und mit Stockschlägen mißhandelt worden war, und daß der Capitän und der Lieutenant deshalb zu 3 und 2 Monaten Gefängniß verurtheilt waren, welche Strafe hinterdrein in eine Geldbuße verwandelt wurde? Ob der sardinischen Regierung deshalb Vorstellungen gemacht wurden? Mr. Layard bejahte, die Fragen beantworteten zu müssen und bemerkt, daß Ihrer Maj. Regierung den Baron Ricasoli darauf aufmerksam machen ließ, wie unwürdig Capitän Dini und sein Lieutenant sich ihres Ranges als Offiziere der italienischen Flotte benommen hätten. (Hört, hört!) — Auf Antrag Lord Palmerston's beschließt das Haus, morgen (heute) als ein Aschermittwoch keine Sitzung zu halten. — Mr. Whally fragt den Staatssekretär für Irland, ob er irgend einen Schritt gethan habe, um zu ermitteln, ob die neulich Ihrer Majestät überreichte Weiletsadresse des Seminariums von Maynooth wirklich von dem Präsidenten und den Studierenden dieser Anstalt herrühre. Er selbst sei erstaunt gewesen, daß eine so loyale Adresse von Maynooth ausgegangen sein sollte. Er habe Briefe erhalten, welche dieselbe Verwunderung ausdrückten. Wenn Maynooth loyal wäre, so würde dies ja allem widersprechen, was er bei früheren Gelegenheiten dem Hause mitzutheilen für seine Pflicht hielt (ein Gentleman lacht) und was auch eine größere Autorität als er dem Hause mitgetheilt hat. (Wer? wer?) Das ehrenwerthe Mitglied für North Warwickshire (Mr. Newdegate). (Gelächter und O. o!) Er könne eine noch bessere Autorität anführen. In der Zeitung „The Nation“ (o! o!) stehe ein Brief von einem Studenten aus Maynooth mit der Erklärung, daß die Adresse nicht die Gesinnungen der Studierenden oder Lehrer des Seminars ausdrücke. „Nennen Sie den Schreiber!“ Es sei kein Name genannt; der Brief sei bloß von einem „Studenten in Maynooth“ unterzeichnet und sei, wie er glaube, ein getreuer Ausdruck der in jener Anstalt herrschenden Loyalität. Maynooth sei in der That ein Herd der Loyalität (O!) Unter andern Beweisen könne er dem Hause ein Lied vorlesen, das zu den Unterhaltungen in Maynooth gehöre. (Singen! Singen!) Wer es singen wolle, könne den Text haben. (Gelächter.) Columbus Banner flattert hoch. Sein Adler fahrt die Beute, Albion aber kriegt ein Loch, und wir sind gemachte Leute. (Frei überlegt.) So unterhalte man sich in Maynooth. (Gelächter.) Mr. Newdegate erklärt, daß er von seinen früheren Urtheilen über Maynooth nichts zurücknehme, aber von dem Gegenstande, welchen der ehrenwerthe Gentleman heute vorgebracht, nichts wisse. (Hört, hört!) und theilweise Lachen.) Sir Rob. erklärt, der Regierung sei von den Gerüchten, welche der Fragesteller erwähnt hat, nichts zu Ohren gekommen und er habe keinen Grund, die Loyalität der Studierenden in Maynooth in Zweifel zu ziehen. (Hört, hört!) Die Weiletsadresse sei wie üblich an den Staatssekretär des Innern gelangt und von einem beglaubigten Schreiben des Dr. Russell von St. Patrick's College begleitet gewesen. (Hört, hört!) Mr. Osborne will den Text und das Kartegeld, womit der ehrenwerthe Vertreter von Peterborough (Whally) eine Weiletsadresse an Ihre Majestät in die Debatte geführt hat, untrüßlich lassen. (Cheers.) Allein er wolle das Haus vor seinen Angaben und seinen Liedern warnen. Das Liedlein von diesem Abend singe oder declamiere er fort und fort. (Lachen.) Habe er doch dasselbe Lied in der Rotunde zu Dublin vorgebracht und darauf hin nicht nur die katholischen Priester, sondern alle Katholiken Irlands der Loyalität bezichtigt, und es gebe keinen bessern Beweis von Gutmüthigkeit des irischen Volkes, als daß man den ehrenwerthen Gentleman mit heiler Haut aus der Rotunde habe fortgehen lassen. (Cheers und Lachen.)

Biscount Casseloffe muß als einer der Curatoren von Maynooth die Beweisführung des ehrenwerthen Mitglieds für Peterborough als falsch und ungerecht zurück weisen. Mr. Whally will das Wort ergreifen, wird aber durch die Ordnungsrufe vieler Mitglieder bald zum Niederlegen genöthigt. Mr. A. Mills beantragt, mit Berufung auf den Bericht des in voriger Session über Militärausgabe für die Colonien eingeleiteten Sonderauschusses, folgende Beschlussefassung: „Daß dieses Haus (während es die Ansprüche aller Bestandtheile des britischen Reiches auf Reichsbeiträge zum Schutze gegen die aus den Folgen der Reichspolitik entspringenden Gefahren vollkommen anerkennt) der Meinung ist, daß Colonien, welche die Rechte der Selbstregierung ausüben, auch die Hauptverantwortlichkeit der Sorge für ihre innere Ordnung und Sicherheit auf sich nehmen sollten.“ Mr. Burton secundirt. Mr. Buxton findet die Resolution nicht weit genug gehend und stellt das Amendement, der Beschlussefassung anzufügen, „daß solche Colonien (auch) zur Verteidigung gegen den äußern Feind beitragen sollten“. Die so amendirte Beschlussefassung wird angenommen und um 8 Uhr findet eine Auszahlung statt, worauf das Haus sich auf Donnerstag verlagert.

[Aktenstücke über Japan.] Die Regierung hat dem Parlamente eine Reihe diplomatischer Aktenstücke über Japan vorgelegt. Der britische Gesandte in Jeddo, welcher in derselben detaillirte Berichte über den bekannten Angriff auf die Gesandtschaft mittheilt, schildert die Verhältnisse folgendermaßen: Es herrscht in Japan eine gereizte Stimmung gegen alle Europäer, doch scheint diese ausschließlich von den regierenden Kreisen her zu rühren. „Man hat uns“, so schreibt er, „während unserer letzten Reise ins Innere des Landes wie wilde Thiere angeguckt“, man hat nicht die geringste Theilnahme für die Ausländer, doch möchten die japanesischen Geschäftsleute die angeknüpften Beziehungen nicht gern missen. Die feindliche Partei besteht aus den privilegierten regierenden Klassen, sammt denjenigen, die vermittelst feudaler Bande an sie geknüpft sind, und jenen verzweifelten

Den 30. Septbr. Mir steigt seit einiger Zeit die wachsende Ahnung auf, daß das Leben in dem Striche, den es seither gehalten, nun nicht lange mehr fortgehen könne, sondern eine Wendung werden muß. Unter ganzer Boden ist unterhölt, tausend Gänge sind hindurchgetrieben, endlich werden sie in ein großes Loch zusammenbrechen. Meine Ahnung ist ein ganz persönliches Gefühl, das freilich aus der besondern Art hervorgeht, wie mich die Dinge der Welt berühren. Politik, Literatur, Gesellschaft, Kunst, Bürgerthum, alles ist von demselben Strome ergriffen und wird derselben Wandung zugeführt; das fählt und sieht jeder.

Den 20. November. Der Freistaat Krakau hat aufgehört, ist österreichisch geworden, durch Uebereinkunft der drei Schutzmächte. Welch ein Beispiel! Wo nicht fester stehen auch heute noch die Staaten? Und welches Verkenntniß eigener Schwäche in den Gründen! Furchtbar muß diese Thatfache in den Geistern wirken! Man hätte nichts Wahnsinnigeres thun können. — Dazu giebt Canis seinen Namen? Durch solcherlei will er in der Geschichte leben?

Den 26. November. In der „Staats-Zeitung“ ein amtlicher Artikel, der gleichsam freigeht, über das Krakauer Ereigniß die verschiedenartigsten Ansichten zu haben, und der aus guter Quelle versichert, daß Preußen bei der Sache weder Land noch Geld empfängt, wohl aber die diesseitigen legalen Interessen geltend macht. Selbstam weich und nachsichtig! Doch gleich zu Anfang steht die falsche Behauptung, die drei Mächte allein hätten Krakau zur Republik gemacht; der Kongreß hat es — wenn auch nicht angeregt — doch ausgesprochen und bestimmt, au nom de la très-Sainte et indivisible Trinité! Doch die Einverleibung geschieht auch wieder au nom de la très-Sainte et indivisible Trinité! — Mit Canis soll über die Sache gar nicht zu sprechen sein, er schneidet kurz ab.

Den 27. November. Abends entschloß ich mich schwer zum Besuch bei *. In dieser Gesellschaft kam das Wort Krakau nicht vor. — Dagegen wurden einzelne Fälle aus unserm Regierungsweien besprochen, die den elendesten Zustand bezeichnen. Als die breslauer Deputirten hier beim Finanzminister v. Döbergs ihre dringenden Anliegen wegen der Handelsverhältnisse mit Krakau vorstellten, sagte er: „Daran hat Niemand gedacht.“ Er erfuhr jetzt erst, daß dies ein Gegenstand von Belang sei.

Den 9. Dezember. Die Angriffe der französischen und noch mehr der englischen Blätter, besonders der „Times“, auf die neueste preussische Politik haben den Minister von Canis doch hart getroffen, er vergräbt Fronie und Wigeln, macht ein sehr ernstes Gesicht und verhehlt seine Besorgnisse nicht, daß die Sachen weiter gehen könnten; ja er soll zweifelhaft geworden sein, ob es nicht besser wäre, die Reichsstände noch ferner hinauszuschieben. Canis erweist sich wie seine Vorgänger den Verhältnissen nicht gewachsen, und sein Ansehen sinkt ungemein. Alle Leute sagen, daß Bülow in weit besserer Haltung dastand.

Den 29. Dezember. Unzulänglichkeit der Censur an einem neuen schlagenden Beispiele! Die breslauer Abgeordneten wegen des Krakauer Handels waren vom Prinzen von Preußen aufgefordert worden, die hier empfangenen Betrüßungen gleich durch die öffentlichen Blätter ihren Mitbürgern bekannt zu machen; Canis aber hatte die Censoren in Schließen anweisen lassen, dieß nicht zu gestatten, zufällig war der Censor des „Sambels-

blattes“ vergessen worden, und durch dies übersehene Loch floß nun alles dennoch aus! Man lacht darüber. (Fortf. folgt.)

Aus „Die Frau im Spruchwort.“*)

Die Frau als Windrose.

„Weiber sind veränderlich, wie Aprilwetter“, sagen die Deutschen, und auch alle übrigen Völker machen den Frauen den Vorwurf, sich gleich den Windstößen zu drehen.

„Frauenmeinung und Winterwind wechseln oft“, heißt es im Englischen;

„Frau, Wind und Glück wechseln rasch“, **) im Spanischen und Portugiesischen;

„Frauen wechseln wie der Mond, heute klar und morgen grau“, ***) im Französischen;

„Die Frauen sind von Natur flüchtig“, und:

„Die Frauen kommen und gehen wie der Cyperwein“, im Venetianischen, und:

„Frauen sind Wetterabnen“, „Holz und Frau bleibt sich niemals gleich“ (weil Holz nach dem Wetter sich ausdehnt oder zusammenkrümpt).

„Die Frauen sind gebantenlos wie ein Suhn“, und:

„Die Frauen haben mehr wunderliche Einfälle, als Haare auf dem Kopfe“, †) im Bergamaschischen.

Die Chinesen sagen:

„Der Geist der Weiber ist von Quedsilber, ihr Herz von Wachs“;

die Basken:

„Der Sinn der Frau ist leicht, wie der Mittagwind“;

die Araber:

„Du vereinigt in dir (o Frau) Betrug und Veränderlichkeit“;

und die englisch-sprechenden Völker bezeichnen die Veränderlichkeit der Frau mit den Worten:

„Kamst du neues Welschhorn, so wirfst du's alte weg.“

Die Deutschen sprechen namentlich von dem raschen Wechsel der Herzensneigungen der Frau:

*) Herausgegeben von D. Freiherrn von Reinsberg-Düringsfeld. Leipzig, Herm. Fries.

**) (bask.) „Der Wind, die Frau und das Glück sind veränderlich wie der Mond.“

*** (tosk.) „Mondenlicht und Frau, heute klar und morgen grau.“

(venet.) „Die Frauen wechseln wie der Mond.“

(bergam.) „Die Frauen kommen und gehen wie der Mond.“

†) (venet.) „Die Frauen haben mehr Launen, als Köden.“

„Fürstengunst, Aprilwetter, Frauenlob und Rosenblätter, Würfelspiel und Kartengeld Wechseln jeden Augenblick.“ „Weiberlieb“ und Herzensgust Sind nicht mehr als blauer Dunst. „Frauenlieb“ ist fahrende Hab: Heute lieb, morgen schab ab“

und: „Zwischen eines Weibes Ja und Nein läßt sich keine Nadelspitze faden.“

Auch die Polen sagen: „Frauenliebe, Glück im Spiele, Mädchenkunst und Rosenblätter dauern nicht lange.“ **)

Die Czechen sprechen: „Frauenliebe ist wie ein Gast, Mädchenkunst wie ein Traum und Rosenblüthe — diese drei Dinge gehen vorüber“,

und die Italiener behaupten: (tosk.) „Das Herz der Frauen hat Fächer wie der Mohnkopf“,

oder: (bask.) „Das Herz der Frau ist wie eine Melone: Dem giebt sie eine Scheibe und Dem einen Bissen.“

Deshalb heißt es: (bask.) „Wer Wasser behaden und auf dem Rücken durch die Straßen schleppen will, oder hofft, den Wind mit Dedden zu fangen, der setze auch seine Hoffnung auf das Herz der Frau.“

Nur ein Mann!

(deutsch) „Alles kommt an den Mann, nur ich nicht, sprach das Mädchen.“

„Gott! ich nur erst einen Mann, Was geh'n mich and're Jungfern an?“

ruft ein anderes aus, und das Schmeichelmädchen erklärt kurz und gut: „Mutter, ich weiß 'nen Mann han, Oder ich zünd's Haus an!“

Denn: (deutsch) „Lebige Haut Schreit überlaut“,

„Zähnepein ist große Pein, Aber ohne Mann kein, Ist noch größere Pein“,

und im Allgemeinen heißt es: (mailand.) „Der Mann ist das Paradies der Frauen.“

(deutsch) „Besser ein Mann ohne Geld, als Geld ohne Mann.“

*) (deutsch) „Herzensgust, Frauenlieb und Rosenblätter Verändern sich, wie Aprilwetter.“

und: „Würfel, Weiber, Federspiel Haben der Treue selten viel.“

**) (deutsch) „Das Glück hat Weiberart: liebt die Jugend und wechselt get n.“

